

|         |
|---------|
| Behörde |
|---------|

|                                     |            |
|-------------------------------------|------------|
| PLZ, Ort                            | Datum      |
| Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail     | Zimmer-Nr. |
| Telefon Durchwahl (Nebst.)          | Telefax    |
| Aktenzeichen (Bitte immer angeben!) |            |

## Hinweise zur Neuerteilung einer Fahrerlaubnis nach vorangegangener Entziehung

StVG = Straßenverkehrsgesetz; FeV = Fahrerlaubnis-Verordnung,  
jeweils in der zurzeit geltenden Fassung

Sehr geehrte, sehr geehrter

Ihnen wurde durch Strafbefehl/-Urteil die Fahrerlaubnis entzogen und für die Neuerteilung **eine Sperrfrist festgesetzt** bis zum

Datum

Hiermit möchten wir Ihnen einige **Hinweise** geben, die für Sie sehr wichtig sind, wenn Sie nach Ablauf der festgesetzten Sperrfrist eine neue Fahrerlaubnis erhalten wollen:

Die Fahrerlaubnis erlischt mit der gerichtlichen oder behördlichen Entziehung. Sie lebt nach Ablauf der verhängten Sperrfrist nicht automatisch wieder auf. Um erneut in den Besitz einer Fahrerlaubnis zu gelangen, muss vielmehr ein Antrag auf Neuerteilung der Fahrerlaubnis gestellt werden. Infolge der Behandlung der Bewerberin / des Bewerbers nach den Vorschriften der Ersterteilung erlischt jedoch der Besitzstand.

Wie beim Verfahren der Ersterteilung wird auf schriftlichen Antrag die Fahrerlaubnis für eine oder mehrere Fahrerlaubnisklassen neu erteilt. Der Antrag auf Neuerteilung einer Fahrerlaubnis ist schriftlich bei der nach Landesrecht zuständigen Behörde oder Stelle oder der Fahrerlaubnisbehörde zu stellen (§ 21 Abs. 1 Fahrerlaubnis-Verordnung.)

Ebenfalls wie bei der Ersterteilung darf eine Fahrerlaubnis von der örtlich zuständigen Behörde nur neu erteilt werden, wenn die Bewerberin / der Bewerber ihren / seinen ordentlichen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hat.

Darüber hinaus kann die Fahrerlaubnisbehörde zur Überprüfung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Personendaten Auskünfte aus dem Melderegister einholen (§ 22 Abs. 1 Fahrerlaubnis-Verordnung).

Bei einem Antrag auf Neuerteilung der Fahrerlaubnis hat die Erlaubnisbehörde die Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs in vollem Umfang zu prüfen. Die Prüfung hat sich auf alle körperlichen, geistigen und charakterlichen Umstände zu erstrecken, die vorhanden sein müssen, um eine Gefährdung der Allgemeinheit soweit wie möglich auszuschließen. Es wird deshalb auch berücksichtigt, wie Sie sich seit der Verurteilung verhalten haben. Die Erlaubnisbehörde darf aufgrund der ausdrücklichen Vorschriften des Bundeszentralregistergesetzes (nicht so der Strafrichter im Strafverfahren) bei der Entscheidung über den Antrag auch Straftaten berücksichtigen, die zwar im Bundeszentralregister gelistet worden sind, aber in das Fahreignungsregister einzutragen waren.

Bei Bedenken gegen die körperliche oder geistige Eignung kann zunächst auch bei der Neuerteilung der Fahrerlaubnis ein fachärztliches Gutachten in Frage kommen, da für die Neuerteilung der Fahrerlaubnis die Vorschriften für die Ersterteilung gelten. Sind folglich nach § 11 Abs. 2 Fahrerlaubnis-Verordnung Tatsachen bekannt, die Bedenken gegen die körperliche und geistige Eignung der Bewerberin / des Bewerbers begründen, was insbesondere immer dann der Fall ist, wenn Erkrankungen oder Mängel nach Anlage 4 oder 5 Fahrerlaubnis-Verordnung vorliegen, erfolgt die entsprechende Anordnung zur Vorlage eines Gutachtens. Im Zusammenhang mit Verfahren für eine Neuerteilung der Fahrerlaubnis ist hier gegebenenfalls die Nummer 8 der Anlage 4 Fahrerlaubnis-Verordnung (Alkohol) zu beachten. Es kann jedoch bei der Neuerteilung der Fahrerlaubnis auch ohne vorherige Anordnung eines fachärztlichen Gutachtens die Anordnung zur Beibringung eines Gutachtens einer amtlich anerkannten Begutachtungsstelle für Fahreignung (medizinisch-psychologisches Gutachten) angeordnet werden.

Im Auftrag

Dies gilt beispielsweise:

1. wenn die Fahrerlaubnis wiederholt entzogen war,
2. wenn der Entzug der Fahrerlaubnis infolge eines erheblichen Verstoßes oder wiederholten Verstößen gegen verkehrsrechtliche Vorschriften erfolgte,
3. bei einer erheblichen Straftat, die im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr steht, oder bei Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr stehen,
4. bei einer erheblichen Straftat, die im Zusammenhang mit der Kraftfahreignung steht, insbesondere wenn Anhaltspunkte für ein hohes Aggressionspotenzial bestehen oder die erhebliche Straftat unter Nutzung eines Fahrzeugs begangen wurde,
5. bei Straftaten, die im Zusammenhang mit der Kraftfahreignung stehen, insbesondere wenn Anhaltspunkte für ein hohes Aggressionspotenzial bestehen,
6. wenn die Fahrerlaubnis auf Probe entzogen wurde, weil nach der Möglichkeit der verkehrspsychologischen Beratung erneut die Auffälligkeit erfolgte (§ 2a Abs. 5 Straßenverkehrsgesetz),
7. wenn die Entziehung, z.B. nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem (§ 4 StVG) wegen charakterlicher Nichteignung erfolgte,
8. wegen Abhängigkeit von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes oder von anderen psychoaktiv wirkenden Stoffen,
9. wegen Einnahme von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes,
10. wegen missbräuchlicher Einnahme von psychoaktiv wirkenden Arzneimitteln oder anderen psychoaktiv wirkenden Stoffen die Fahrerlaubnis entzogen worden war oder
11. wenn sonst zu klären ist, ob Abhängigkeit oder Einnahme nicht mehr vorliegt,
12. nach dem ärztlichem Gutachten zwar keine Abhängigkeit, jedoch Anzeichen für Alkoholmissbrauch vorliegen (Anlage 4 Nr. 8 FeV) oder sonst Tatsachen die Annahme von Alkoholmissbrauch begründen,
13. wenn wiederholt Zuwiderhandlungen im Straßenverkehr unter Alkoholeinfluss begangen wurden,
14. wenn ein Fahrzeug im Straßenverkehr mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Promille oder einer Atemalkoholkonzentration von 0,8 mg/l oder mehr geführt wurde,
15. wenn die Fahrerlaubnis aus einem Grund nach Nr. 9 - 11 entzogen wurde,
16. wenn sonst zu klären ist, ob Alkoholmissbrauch oder Alkoholabhängigkeit nicht mehr vorliegt.

Die vorgeschriebenen Ermittlungen (Auskunft aus dem Fahreignungsregister, Einsichtnahme in Bußgeld- und Straftakten) nehmen einige Zeit in Anspruch. Bitte stellen Sie **deshalb bereits 3 Monate vor Ablauf der Sperrfrist (jedoch nicht früher) über die jeweilige Wohnsitzgemeinde einen Antrag auf Neuerteilung der Fahrerlaubnis**. Entsprechende Antragsformulare erhalten Sie - entsprechend den unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern - im Bürgerbüro, beim Einwohnermeldeamt oder bei der Fahrerlaubnisbehörde.

☐ Es wird um persönliche Vorsprache bei der Antragstellung gebeten.

Es ist ein Führungszeugnis Belegat "O" vorzulegen.

Bei Antragstellung (mittels Antragsformular), spätestens jedoch im Rahmen des Antragsverfahrens sind zusätzlich von der antragstellenden Person mindestens nachfolgende Unterlagen unabhängig von der beantragten Fahrerlaubnisklasse vorzulegen:

1. ein amtlicher Nachweis über Ort und Tag der Geburt
2. ein Lichtbild in der Größe von 45 Millimeter x 35 Millimeter im Hochformat und ohne Rand, das die antragstellende Person in einer Frontalaufnahme, ohne Kopfbedeckung und ohne Bedeckung der Augen zeigt (gemäß Passverordnung)
3. eine Sehtestbescheinigung / ein Zeugnis oder Gutachten einer Augenärztin / eines Augenarztes
4. Nachweis über die Versorgung Unfallverletzter im Straßenverkehr oder Erster Hilfe
5. Führungszeugnis Belegart "O"
6. Meldebestätigung (nur bei Antragstellung in der Fahrerlaubnisbehörde)

7.

8.

Zusätzlich sind im Falle der Beantragung einer Fahrerlaubnis der Klassen **C, C1, CE, C1E, D, D1, DE** oder **D1E** vorzulegen:

1. ein Zeugnis oder Gutachten über die körperliche und geistige Eignung nach Anlage 5
2. ein Zeugnis einer Augenärztin / eines Augenarztes /  
Bescheinigung einer Ärztin / eines Arztes zum Sehvermögen nach Anlage 6 Nr. 2.1 FeV
3. ein Nachweis über die Ausbildung in Erster Hilfe
4. bei Klassen **D, D1, DE** oder **D1E** ein Gutachten über die Eignung unter Berücksichtigung der Anlage 5 Nr. 2 FeV
5. Führungszeugnis Belegart "O"
6. Meldebestätigung (nur bei Antragstellung in der Fahrerlaubnisbehörde)

7.

8.

**Die Nachweise bezüglich der Eignung dürfen bei Antragstellung nicht älter als ein Jahr (Anlage 5 Nr. 3 FeV), die des Sehvermögens nicht älter als 2 Jahre sein (§ 12 Abs. 7 FeV).**

**Ist die Fahrerlaubnis wegen Alkoholmissbrauchs entzogen worden, bitte beachten:  
Anlage 4 Nr. 8 FeV**

| Krankheiten, Mängel  | Eignung oder bedingte Eignung  |  |
|--|--|--|
|  | Klassen A, A1, A2, B, BE, AM, L, T   | Klassen C, C1, CE, C1E, D, D1, DE, D1E, FzF  |
| <b>Alkohol</b>   |  |  |
| Missbrauch<br>(Das Führen von Fahrzeugen und ein die Fahrsicherheit beeinträchtigender Alkoholkonsum können nicht hinreichend sicher getrennt werden.) | nein   | nein   |
| nach Beendigung des Missbrauchs  | ja<br>wenn die Änderung des Trinkverhaltens<br>gefestigt ist                                       | ja<br>wenn die Änderung des Trinkverhaltens<br>gefestigt ist                                       |
| Abhängigkeit   | nein   | nein   |
| nach Abhängigkeit<br>(Entwöhnungsbehandlung)   | ja<br>wenn Abhängigkeit nicht mehr besteht und<br>in der Regel ein Jahr Abstinenz nachgewiesen ist | ja<br>wenn Abhängigkeit nicht mehr besteht und<br>in der Regel ein Jahr Abstinenz nachgewiesen ist |